

Universitätsstadt Tübingen

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Universitätsstadt Tübingen (Zweitwohnungsteuersatzung) vom ...

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie den §§ 2 und 9 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG), jeweils in der derzeit gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Universitätsstadt Tübingen (Zweitwohnungsteuersatzung) in der Fassung vom 18. November 2013 wird wie folgt geändert:

1. Bei § 3 Ziff. 5 werden die Worte „nicht nur vorwiegend“ gestrichen.
2. § 3 Ziff. 7 erhält folgende neue Fassung:

Wohnungen, die dem Zweck dienen, die Mitwirkung beider Elternteile an der Erziehung gemeinsamer Kinder und den regelmäßigen Umgang mit diesen zu gewährleisten.

3. Nach § 3 Ziff. 7 wird angefügt:

8. Wohnungen amtierender kommunaler Mandatsträger_innen einer anderen Gemeinde, welche durch die Anmeldung des Erstwohnsitzes in Tübingen das Mandat aufgrund Gesetzes verlieren würden. Die Steuerpflicht endet mit der ordnungsgemäßen Aufstellung der Bewerber_innen für das Mandat nach dem jeweiligen Wahlgesetz und beginnt erneut im Falle der Erfolglosigkeit der Wahl dieser Person.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Tübingen, den

Bürgermeisteramt